

Geplanter Rinderstall in Hassel: Gemeinde legt Widerspruch ein - Von Stephan Voigt



„Es wird diskutiert, diskutiert, diskutiert. Irgendwann muss mal einer sagen, was gemacht wird“, setzt sich CDU-Politiker Welf Delventhal (Dritter von rechts) energisch für die Kreisverwaltung ein Foto: Voigt

11.07.2014 17:00:00

Hemsbünde. Der geplante Rinderstall für 590 Tiere in Hassel – genauer gesagt das Ersetzen des gemeindlichen Einvernehmens und die Erteilung der Baugenehmigung durch den Landkreis – beschäftigte nun den Hemsbünde r Rat. Ergebnis: Die Gemeinde legt Widerspruch gegen das Vorgehen der Kreisverwaltung ein, zumindest teilweise.

Die Rundschau hatte bereits darüber berichtet, dass es der Kreistagsabgeordneten Dr. Gabriele Hornhardt durch das Vorgehen des Landkreises nicht mehr möglich war, einen Antrag die Baugenehmigung betreffend einzubringen („Das ist eine Schweinerei“, www.rotenburger-rundschau.de).

Die Hemsbünde r Ratsfrau Barbara Frömming (SPD) ging nun ebenfalls kritisch mit der Kreisverwaltung ins Gericht: „Die Gemeinde hat vom Landkreis immer gefordert, dass alle kritischen Fragen geklärt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Die Begründung vom Landrat, dass der Landkreis Schaden durch Schadenersatzansprüche erleidet, wenn das Einvernehmen und die Baugenehmigung nicht erteilt werden, kann ich nicht nachvollziehen. Ich fühle mich vom Landkreis genötigt.“

Ähnlich sieht das Carolin Muschter (WWH): „Der Landkreis hat die Gemeinde massiv bedrängt.“ Dies sei soweit gegangen, dass erklärt wurde, Ratsmitglieder würden mit privatem Vermögen haften, wenn die Firma IMCE, die den Stall bauen möchte, Schadenersatz fordert. „Dabei trägt die Firma, die bauen will, das unternehmerische Risiko. Wenn sie das vergeigt,

ist das deren Problem“, so Muschter.

Sie zählte dabei nochmals auf, was bei dem geplanten Stall nach ihrem Dafürhalten im Argen liegt: ein zu geringer Abstand zur Wohnbebauung, möglicher Ammoniaketrug in die Umgebung, eine Geruchs- und Geräuschbelästigung, zu vage Vorgaben, was den Betrieb des Stalls angeht und dass der Betreiber Regenwasser nicht auf seinem eigenen Grundstück versickert. „Jeder andere Bürger in der Gemeinde muss das. Der Landkreis missachtet mit der Genehmigung unsere Satzung. Das können wir nicht zulassen“, so Muschter.

Noch schärfere Worte fand Bürgermeister Manfred Struck (SPD): „Es ist eine Frechheit, dass der Landkreis unser Einvernehmen ersetzt hat. Damit werden unsere eigenen Belange so nach unten gedrückt, dass wir uns ersparen können, uns an solchen Genehmigungsverfahren zu beteiligen.“

Anders bewerteten die CDU-Politiker die Lage. Ludger Brinker wandte sich direkt an Frömming: „Ihr persönliches Entsetzen kann ich nachvollziehen – das ist aber nur Ihr eigenes. Der Landkreis hat umfangreich erklärt, weshalb er das Einvernehmen ersetzt hat. Wir können Widerspruch einlegen, aber ich sehe da Null Aussicht auf Erfolg.“

Ähnlich äußerte sich Brinkers Parteifreund Jens Prigge: „Der Landkreis hat unsere Einwendungen erhalten. Die werden das drei bis fünf Mal geprüft haben und den Teufel tun, sich angreifbar zu machen. Unser Wissen reicht sicher nicht an das der Fachleute in der Kreisverwaltung heran.“

Da ein SPD-Politiker nicht zugegen war, kam es bei den anschließenden Abstimmungen jeweils zu einem Patt. Insofern reichte es nicht für den CDU-Antrag, keinen Widerspruch gegen das Ersetzen des gemeindlichen Einvernehmens einzulegen. Der Widerspruch kommt also. Für den SPD-WWH-Antrag, ebenso Widerspruch gegen die Erteilung der Baugenehmigung einzulegen, fand sich ebenso keine Mehrheit. Dort wird es also keine Intervention geben. Abschließend fand die CDU wieder keine Mehrheit für ihren Antrag, keinen Fachanwalt in der Sache zu beauftragen, sodass die Gemeinde sich einen Rechtsbeistand suchen wird.

Laut Struck könne es nun aber sein, dass, sollte der Widerspruch gegen das Einvernehmen Erfolg haben, auch die Baugenehmigung hinfällig ist.

© Rotenburger Rundschau GmbH & Co. KG